

# Laibacher Zeitung.

Nr. 242.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 21. October

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1867.

## Ämtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 12. December d. J. den Rath des Grazer Oberlandesgerichtes Johann Fraas v. Ehrfeld auf seine Bitte zum Oberlandesgerichtsrathe bei dem Landesgerichte in Klagenfurt und die Landesgerichtsräthe Ulrich Vininger in Graz, Karl Glas in Klagenfurt und Johann Brolich in Laibach zu Rätthen des steierm. k. k. Oberlandesgerichtes allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 17. October d. J. die bei der Landesregierung für Krain erledigte erste Regierungsrathsstelle dem Titularstatthalterrathe bei der nied. österr. Statthalterei Lothar Fürsten v. Metternich-Winneburg allergnädigst zu verleihen geruht.

Am 18. October 1867 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei das III. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter  
Nr. 125 den Erlass des Finanzministeriums vom 7. October 1867, betreffend die Bezeichnung der künftig zur Gebührenerkennung für ausgeführten Zuder benutzten Cassen;  
Nr. 126 die kaiserliche Verordnung vom 16. October 1867, womit die zeitweilige Verfügung der beiden Gesetze vom 27. October 1862, Nr. 87 und 88 des Reichsgesetzblattes, in den nachbenannten Landestheilen von Tirol wieder außer Wirksamkeit gesetzt wird. (W. Ztg. Nr. 248 v. 18. October.)

## Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 20. October.

### Die Situation des Augenblicks

wird in einer Wiener Correspondenz der „N. N. Ztg.“ von einer offenbar mit unseren Verhältnissen sehr vertrauten Seite in so treffender Weise geschildert, und es enthält der Artikel so viele beherzigenswerthe Wahrheiten, daß wir es uns nicht versagen können, denselben unseren Lesern vollinhaltlich mitzutheilen.

Nach allen concordatlichen und anticoncordatlichen Demonstrationen und Aufregungen der letzten Wochen tritt allmählich Klärung in der Auffassung ein. Die Macht der Thatsachen bricht sich Raum, das „Aufeinanderplayen der Geister“ muß und wird seine Folgen haben. Die Revision der Februarverfassung, die endlich im Abgeordnetenhaus mit Ernst und Würde begonnen hat, schafft den öffentlichen Rechtszuständen eine neue, freiheitliche Grundlage. Wie eingreifend sie auch sei, wie sehr sie die Freiheit der Individuen, so bürgerlich wie geistig und kirchlich, verbürge; wie sie auch dem parlamentarischen Princip durch die Anforderung der jährlich zu erneuernden Steuer- und Rekrutenbewilligung Kraft und Nachhaltigkeit zuführe, die Regierung wird darin lediglich Mittel zur Verjüngung Oesterreichs erkennen. Die Minister, welche die Ehre haben, zugleich Mitglieder des Abgeordnetenhauses zu sein, werden — wie wir zu versichern in der Lage sind — in diesen großen Principienfragen ihr Votum offen für solche vitale Fortschritte abgeben. Der Ausgleich mit Ungarn heißt mit strenger Konsequenz die Herstellung einer nicht nur quantitativen, sondern auch qualitativen Parität, macht es (in höherem Sinn) zur gouvernementalen Nothwendigkeit, daß im ganzen und wesentlichen die Repräsentativkörper beider Reichshälften mit gleicher Autorität, die Bevölkerungen mit analogen freiheitlichen Institutionen ausgestattet seien. Ist die dualistische Regierungsform an und für sich eine schwierige, so müssen Staatsmänner, wie die, denen vorzuziehen die Vollendung des bisher so glücklich geführten Werkes obliegt, um so mehr darauf bedacht sein, ein Ebenmaß in Freiheit und constitutionellen Institutionen herzustellen.

Es ist aller Grund vorhanden anzunehmen, daß auch das Herrenhaus in seiner Mehrheit dieser Einsicht sich nicht verschließt, und den von den Ministern unterfertigten Verfassungsbills des Unterhauses in ihrer Wesenheit seine Zustimmung ertheilen wird. Ist dann, und zwar in kürzester Zeit, das Verfassungsgebäude unter Dach gebracht, mit soliden Fundamenten versehen, durch die Sanction des Souveräns zu den neuen Grundbestimmungen verbürgt, so muß — in weiterer unabwieslicher Folge — das Cabinet durch hervorragende Capacitäten der Kammermehrheit verstärkt werden. Daß mit den hiedurch ins Leben getretenen staatsrechtlichen Principien, mit den die Garantie ihres Bestandes in sich

selbst tragenden Institutionen wesentliche Bestimmungen des Concordats, wie die über die Competenz in Ehe- und Unterrichtsangelegenheiten, nicht Bestand haben können, ist offenbar. Ein mit der Majorität geeintes Ministerium wird die Unmöglichkeit einer Coexistenz der betreffenden Concordatsbestimmungen mit den neueren Institutionen und Freiheiten, sowie die noch augenfälligerer Unthunlichkeit, die letzteren abzuschwächen oder gar rückgängig zu machen, mit allem Nachdruck bei der Curie geltend machen können. Sollte es wider Erwarten dort nicht gehört, sollten seine Vorschläge nicht beachtet werden, so würde es nach allen Seiten in der Lage sein, selbständig Hand in Hand mit der Legislative vorzuschieben, als gerechtfertigt und berechtigt dazu sich auszuweisen. Kampfbegierig mögen Truppen verlangen, augenblicklich zum Sturm auf eine Festung geführt zu werden; der einsichtsvolle General wird sich dadurch nicht abhalten lassen, zuerst seine Positionen einzunehmen, seine Artillerie aufzustellen, sein Geniecorps mit den nöthigen Arbeiten zu beauftragen. Im Endziel einestandes mit der unzweifelhaften Mehrheit des Abgeordnetenhauses auch in dieser brennenden Frage, ist die Behandlung derselben für die Regierung eine Aufgabe der Tactik, welche nicht mit Ungeflüm, sondern mit besonnener Ruhe und in richtiger Reihenfolge der Mittel gelöst werden muß. Auch der liberalen Sache in Oesterreich, wie unserm geprüften Land überhaupt, gilt der Warnungsruf eines großen französischen Parlamentsredners: „Wir dürfen keinen Fehler mehr begehen.“

### 11. Sitzung des Herrenhauses

vom 18. October.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister: Freiherr v. Becke, Graf Taaffe, Freiherr v. John und Ministerialrath Distler (Fin. Min.).

Die Sitzung wird unter Vorsitz Sr. Durchlaucht des Fürsten R. Auersperg um 11 Uhr 50 Minuten eröffnet.

Schriftführer Ministerialrath Rubin verliest das Protokoll der letzten Sitzung, welches genehmigt wird. Präsident theilt mit, daß die Commission für das Wehrgesetz sich constituirt und den Feldmarschall Freiherrn v. Hess zum Obmann, den FML. Grafen Mensdorff zum Obmannstellvertreter gewählt habe.

Schriftführer Sectionschef v. Hofmann verliest den Einlauf.

Das Abgeordnetenhaus theilt in einer Zuschrift den von demselben gefaßten Beschluß bezüglich der Anwendung des Gesetzes vom 30. Juli 1867 auf die Behandlung des Strafgesetzentwurfes mit.

Ueber Antrag des Präsidenten wird dieser Gegenstand als dringlich erkannt und der Justizcommission mit dem Bedenken zugewiesen, in der morgigen Sitzung darüber Bericht zu erstatten.

Es wird zur Tagesordnung geschritten.

Erster Gegenstand ist der Bericht der Finanzcommission über den Gesetzentwurf betreffs der zeitweiligen Steuerbefreiung der Neu-, Um- und Zubauten.

Berichterstatte Freih. v. Hof verliest den Bericht.

Die Commission beantragt, das hohe Haus wolle dem vorliegenden Gesetzentwurfe (wie er aus der Verathung des Abgeordnetenhauses hervorgegangen) die Zustimmung ertheilen und die weitere geschäftsordnungsmäßige Behandlung veranlassen.

In der Generaldebatte meldet sich niemand zum Wort, es wird sogleich zur Specialdebatte geschritten und werden die einzelnen Paragraphen ohne Debatte angenommen.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der politischen Commission, betreffend den Gesetzentwurf über das Vereinsrecht.

Berichterstatte ist Ritter v. Hasner. Die Commission beantragt:

Das h. Haus wolle dem Gesetzentwurfe über das Vereinsrecht in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung seine Zustimmung ertheilen.

Präsident eröffnet die Generaldebatte.

Se. Excellenz Minister des Innern Graf Taaffe: Alle Vertretungskörper der Jetztzeit haben sich für eine zeitgemäße und gesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes ausgesprochen.

Das h. Herrenhaus wird sich der Erkenntniß nicht verschließen, daß eine Reform auf diesem Gebiete dringendes Bedürfnis sei. Das bisherige Vereinsgesetz enthält das absolute Verbot jeder politischen Versammlung.

Bei der gegenwärtigen Entwicklung des öffentlichen Lebens kann eine solche Bestimmung nicht festgehalten werden. Das bisher vorhandene Erforderniß der staatlichen Genehmigung der Statuten auch der allergeringsten Vereine und jeder Aenderung ihrer Statuten muß eine Verzögerung in dem Vereinsleben nach sich ziehen und überhäuft die Behörden mit einer Reihe mühevoller Geschäfte, welche der Regierung eigentlich ganz ferne stehen. Der vorliegende Gesetzentwurf bietet ausreichende Garantien gegen eventuelle Ausschreitungen, und deshalb empfehle ich dem h. Hause die Annahme desselben.

Es wird zur Specialdebatte geschritten und werden die einzelnen Paragraphen des Gesetzentwurfes ohne Debatte angenommen.

Dritter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der politischen Commission, betreffend den Gesetzentwurf über das Versammlungsrecht.

Berichterstatte Ritter v. Hasner verliest den Bericht.

Die Commission ist der Fassung des Abgeordnetenhauses beigetreten, hat aber eine Aenderung des § 4 für nothwendig erachtet.

Nach der Fassung des Abgeordnetenhauses lautet dieser Paragraph:

„Versammlungen der Wähler zur Wahlbesprechungen, dann zu Besprechungen mit den gewählten Abgeordneten sind jederzeit von den Bestimmungen dieses Gesetzes ausgenommen.“

Die Commission beantragt das Wort „jederzeit“ wegzulassen und dafür am Schlusse folgenden Zusatz zu machen: „wenn sie zur Zeit der ausgeschriebenen Wahlen und nicht unter freiem Himmel vorgenommen werden.“

Im Uebrigen beantragt die Commission die Annahme des Gesetzentwurfes.

Präsident eröffnet die Generaldebatte.

Se. Excellenz Minister des Innern Graf Taaffe ergreift das Wort, um die Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfes zu empfehlen, worauf zur Specialdebatte geschritten wird.

Der Gesetzentwurf wird nach dem Commissionsantrage angenommen und hierauf die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung morgen.

### 39. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 17. October.

Auf der Ministerbank: Se. Excellenz der Herr Minister Graf Taaffe.

Präsident Dr. Giskra eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 40 Min.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird vorgelesen und genehmigt.

Präsident Dr. Giskra erhebt sich vom Sitz (ebenso die Abgeordneten) und richtet folgende Ansprache an die Versammlung: „Die „Wiener Zeitung“ bringt heute in ihrem officiellen Theil ein allerhöchstes Handschreiben Sr. Majestät. Es ist in demselben der Ueberzeugung Sr. Majestät des Kaisers Ausdruck gegeben, daß fortan der Constitutionalismus in Oesterreich herrschen soll und daß alle gegen denselben gerichteten Wege, woher immer sie ihren Ausgang finden, niemanden zum Ziele führen sollen.“

Es ist in demselben ausgesprochen, daß in Oesterreich nicht bloß die Gewissensfreiheit eine sichere Stätte finden, sondern auch der religiöse Friede herrschen soll (lebhafter Beifall), und daß unter Beachtung der heiligsten Interessen der Bevölkerung doch auch die wichtigsten Belange des Staates fernerhin sicheren Schutz und Schirm finden werden. Huldigen wir diesem neuerlichen Act kaiserlicher Weisheit und Gerechtigkeit, welcher in den Herzen der Bewohner Oesterreichs den freudigsten Widerhall finden wird, durch ein Hoch unserem Kaiser!

Das ganze Haus bringt ein viermal wiederholtes stürmisches Hoch Sr. Majestät dem Kaiser.

Die eingelaufenen Petitionen werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen (darunter befinden sich 11 Petitionen um Aufhebung des Concordats).

Die Versammlung beschließt mit großer Majorität, daß der Bericht der Petitionscommission über den Lemberger Mortarfall erst nach der Bestimmung der Tagesordnung und nicht sofort erstattet werden soll.

Es folgt die dritte Lesung des Gesetzes über die Revision der Februar-Verfassung. Die Abstimmung ergibt kein sicheres Resultat, es ertönen Rufe nach namentlicher Abstimmung, welchen der Präsident Folge gibt.



Das Resultat ist, daß die Verfassung mit 119 gegen 46 Stimmen angenommen ist.

Für die Verfassung stimmen die ganze Linke und das ganze Centrum mit Ausnahme von Hanisch, Mühlfeld und Skene, ferner alle Bukowinaer, dann von den Slovenen Klun, Svetec und Lippold, der Ruthene Guszalewicz, endlich der Minister Graf Taaffe.

Gegen die Verfassung stimmten die Polen, die Tiroler Degara, Giovanelli, Greuter, Jäger, Planer, Pockstaller und Wiesler, ferner die Slovenen Graf Barbo, Pintar und Toman, endlich die Abgg. Ljubiffa und Gerne.

Während die Stimmen gezählt werden, erscheint Sr. Exc. der Reichskanzler Freiherr v. Beust im Hause.

Die Verkündung des Resultats der Abstimmung wird von der Linken mit Bravorufen aufgenommen.

Dr. Mühlfeld erstattet für den Straßengesetz-Ausschuß Bericht über die Anwendung des Gesetzes über die Behandlung umfangreicher Gesetzentwürfe auf den Straßengesetzentwurf.

Der Ausschuß beantragt, dem Vorschlage der Regierung auch bezüglich der Strafproceßordnung Folge zu geben, so daß der Straßengesetz-Ausschuß, durch sechs Mitglieder verstärkt, auch nach Schluß der Session seine Beratungen fortsetzen solle.

Dr. Rechbauer spricht gegen die Verstärkung des Ausschusses und gegen die Ueberweisung der Strafproceßordnung an denselben.

(Der Justizminister Herr v. Hye tritt in's Haus und übergibt dem Minister des Innern Grafen Taaffe eine Depeche.)

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen, jedoch die Verstärkung des Ausschusses und die Ueberweisung der Strafproceßordnung abgelehnt.

Es erfolgt der Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über Petitionen in Betreff des Punzirungsgesetzes, den Dr. Klun erstattet.

Die Petitionen werden dem Finanzministerium übermittelt, und dieses aufgefordert, das Punzirungsgesetz einer Revision zu unterziehen und noch in dieser Session eine Vorlage zu unterbreiten — nachdem Dr. Figuly, Dr. Berger, Froschauer und Dr. Stieger dies befürwortet.

Dr. Figuly berichtet für die Petitionscommission über die Lemberger Mortara-Affaire.

Die Minister seien zu ersuchen, es solle die Verfügung getroffen werden, daß die Sarah Radamski dem Vater aus dem Kloster zurückgebracht und an einen entsprechenden Aufenthaltsort gebracht werde, und Befehl an die competente Behörde, die gesetzliche Amtshandlung einzuleiten.

Der Justizminister Herr v. Hye erkennt es an, daß die Sache als in die Executive gehörend anerkannt wurde. Jetzt wird es schwer sein, vor der Kenntniß der Sachlage die Verfügung zu treffen, die Tochter dem Vater zurückzugeben, weil das in Rechtskraft bestehende Gesetz dies verhindert.

Eine kaiserliche Entschließung vom 8. Mai 1838 bewilligt den Ländern die Taufe von jüdischen Kindern zwischen 7 und 14 Jahren zu gestatten, wenn dieselbe mit freiem Willen erfolgt. Man folgerte weiter daraus, daß die Taufe älterer als 14jähriger Kinder selbst gegen den Willen erfolgen könne. Es konnte daher jetzt nur geantwortet werden, die Taufe vorderhand zu verhindern und dem Vater Gelegenheit zu geben, mit der Tochter Rücksprache zu nehmen.

Der Wahrheit sei er schuldig, noch zu erklären, daß er auf seine Anfragen von der galizischen Statthalterei die Antwort erhielt, die Taufe sei verhindert worden, nur das Ergebnis der Erhebung der Umstände sei noch nicht hieher gemeldet.

Der Statthalter sei bereits seit fünf Wochen auf einer Amtreise, und er müsse offen sagen, der Statthalter wäre der Letzte, hier nicht seine Pflicht mit allem Eifer zu erfüllen. Beweis dessen das Telegramm, das er noch gestern erhalten, obgleich er den Statthalter nicht angewiesen, telegraphisch zu antworten.

Das Telegramm des Grafen Soluchowski von gestern Abends, 9 Uhr, lautet: „Die Aufforderung bezüglich Sarah Radamski erhalten. Einleitung getroffen. Bericht morgen.“

Vize-Präsident Ziemialkowski zeigt, daß der Statthalter von Galizien nicht in der Lage sei, den Antrag des Petitionsausschusses zu vollziehen.

Justizminister Ritter v. Hye verwahrt sich feierlich gegen den bezüglich des Grafen Soluchowski gemachten Vorwurf.

Abg. Pratobevera kann sich mit der vom Ausschusse vorgeschlagenen Formulierung des Antrages nicht einverstanden erklären; denn dieselbe scheine geradezu ein Angriff auf die Executive zu sein. Er glaube nicht, daß das Haus, wenn es seine Aufgabe vor Augen halte, gut daran thue, bei einem einzelnen Falle in die Details der eventuellen Verfügung, welche von der Regierung gewürdigt werden, einzugehen.

Redner beantragt, das Haus möge beschließen, diese Petition ist mit der Aufforderung an die Regierung zu überweisen, unverweilt und energisch der Beschwerde Abhilfe zu schaffen unter Beseitigung und Abwendung jeder vorgefallenen Ungefeßlichkeit oder Saumseligkeit.

Der Antrag ist im Centrum und auf der Rechten unterstützt.

Abg. Mühlfeld: Der Petitionsausschuß hat nur das Verhältniß zwischen Vater und Kind, die Entweihung des Kindes aus dem elterlichen Hause und die Unterbringung, ja Gefangenhaltung im Kloster, insofern als man dem Vater eine Einflußnahme auf das Kind entzieht, im Auge gehabt. Das sind Handlungen, die sich unter allen Umständen als widerrechtlich darstellen und durch die Behörden beseitigt werden müssen.

Abg. Kuranda erzählt einen Fall, der sich im Winter 1864/5 in Galizien zutrug, ohne Abhilfe zu finden, und der jenem des Radamski ganz gleich ist, und beruft sich auf das heute verlesene allerbh. Handschreiben, in dessen Geiste gehandelt werden müsse.

Justizminister Ritter v. Hye: Ich habe in diesem Augenblicke ein weiteres Telegramm von dem Statthalter erhalten, ausgegeben 11 Uhr, heute Vormittags. (Liest): „Statthalter von Galizien an Minister Hye!“

Taufaspirantin Chaie Sarah-Radamski nach Anwendung von Geld und Effecten in das hiesige Benedictinerinnenkloster geflüchtet.

Keine Inzichten einer Entführung.

Polizeidirection über Anzeige des Vaters sogleich eingeschritten, die entwendeten Effecten wurden vom Gericht gleich abgenommen, wegen Diebstahls Untersuchung im Zuge.

Geburtschein bisher nicht gefunden; nach dem Volkszählungsbuche geboren im Jahre 1848.

Die Eistirung des Taufactes bereits veranlaßt.

Die Erhebungen wegen Sicherstellung des Alters bereits eingeleitet, über analogen Fall in Biala nichts bekannt.

Abg. Schindler spricht für den Ausschufsantrag. Er sagt unter anderem: Als der Orden der Jesuiten durch jenen berühmten Papst aufgehoben war, hat er sich zuerst wieder in Mittel-Europa festgesetzt und seine Spinnennäden ausgespannt; es war in Polen (Abg. Sawczynski meldet sich zum Wort), wie es uns die Geschichte nachweist. Es ist ganz richtig, daß der gegenwärtige Statthalter von Polen große Energie besitzt, und wenn er sich gegenwärtig auf einer Rundreise befindet, so wird es ihm möglich sein, diese Energie auf seinen Amtssitz rückwirken zu lassen. Ich weiß nicht, wie es kam, daß man betont, daß der Vice-Präsident ein Deutscher ist; in der Regel sind die Deutschen diejenigen, denen alle Confessionen gleich sind (lebhafter Beifall links), und welche auf keine Weise irgend jemanden mit geringerer Gerechtigkeit behandeln, wenn dieselbe Confession auch mit einem andern Volksstamm zusammenfällt.

Abg. Dr. Landesberger spricht für den Ausschufsantrag, indem er für den Statthalter eintritt.

Abg. Dr. Zhyblikiewicz: Ich fühle mich zum Dank gegen das Haus veranlaßt, weil es uns heute den Beweis geliefert hat, daß es Beschwerden Galiziens nicht mehr so leichtfertig behandeln will, wie es in früherer Zeit der Fall war. (Beifall rechts.) Zur Sache übergehend, will der Redner die Abgeordneten Kuranda und Schindler über die in Galizien herrschende Toleranz beruhigen. Als ganz Europa in Religionskriegen sich mit Blut bespaltete, war in Polen allein kein Krieg, und als ganz Europa die Juden vertrieb, gewährte ihnen Polen allein Schutz. Hier beschäftigt man sich mit dem Concordat, bei uns in Galizien gibt es keine Concordatsfrage. Ich weiß nicht, wann es in Galizien eingeführt wurde, wir werden nicht fühlen, ob es wird aufgehoben werden. Der einzige Unterschied, welcher bestehen wird, wird die Aufhebung der geistlichen Ehegerichtsbarkeit sein. Redner sucht den Statthalter Galiziens zu rechtfertigen. Die Anträge des Ausschusses seien durchaus nicht gerechtfertigt, was Redner zu beweisen sucht.

Abg. Dr. Berger stimmt mit dem Vorredner in Bezug auf die Prämissen, nicht aber in Bezug auf die daraus gezogenen Consequenzen überein. Ohne das neueste Telegramm des Justizministers hätten wir für die Ausschufsanträge nur mit der Vercausulierung stimmen dürfen, daß der Thatbestand auch richtig sei. Dieses Telegramm des Statthalters aber, welches alle Nebenpunkte beruhigend, den Hauptpunkt, nämlich die Wiedereinkennung der väterlichen Gewalt in ihre Rechte, umgeht, ist eine genügende Bescheinigung des Thatbestandes. Dagegen möchte ich Sie bitten, für Punkt 2 und 3 des Ausschufsantrages nicht zu stimmen. Im Punkt 2 soll der Regierung empfohlen werden, daß sie den Behörden die strengste Handhabung der Gesetze empfehle und im Punkte 3 soll die Regierung aufgefordert werden, sich schleunigst Bericht erstatten zu lassen. Auf mich macht das den Eindruck, als ob man der Regierung Unterricht in den Anfangsgründen der Regierungskunst erteilen wollte. (Heiterkeit.) Als ob die Regierung jetzt erst durch uns erfahren soll, daß sie die Gesetze streng zu handhaben hat. Oder sollen vielleicht die Behörden erfahren, daß man etwas erst der Regierung auftragen muß, damit es den Behörden aufgetragen werden kann.

Abg. Sawczynski erklärt die Behauptung Schindlers, daß die aufgehobenen Jesuiten nach Polen ihre Zuflucht nahmen, für historisch unrichtig, und citirt die Worte des Dichters, daß man nicht Thatfachen anführe „mit kühner Brust, von denen man so viel gewußt, wie Faust von Herrn Schwertlein's Tod.“

Abg. Mühlfeld will den Antrag des Petitionsausschusses gerade mit Rücksicht auf das letzte Telegramm unterstützen.

Der Antrag auf Schluß der Debatte mit Vorbehalt des Wortes für die als Redner eingetragenen Abg. Schindler und Pratobevera wird angenommen.

Abg. Schindler: Ich möchte doch bezüglich des oft genannten Statthalters von Galizien erwähnen, daß es sich um seine Person gar nicht handelt und nur die Ausführungen Sr. Excellenz des Herrn Justizministers von gestern den Namen und die Amtswirksamkeit dieses Herrn etwas in den Vordergrund gerückt haben. Der Herr Statthalter hat ein großes Lob von jener Seite geerntet, und jene Seite wird wissen, warum sie das selbe gespendet hat. Der verehrte Abgeordnete Herr Dr. Landesberger hat ihn auch gelobt und dabei erzählt, daß sich solche Fälle, wie der gegenwärtige, in neuester Zeit häufen. (Große Heiterkeit.)

Was aber die Zurechtweisung betrifft, welche ich von der gegnerischen Seite erhalten habe, so muß ich sie mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Sie ist ganz und gar unrichtig, und die Geschichte wird es beweisen, daß ich und nicht meine Gegner, Recht habe. (Unruhe und Widerspruch rechts.) Nicht nur, daß die Jesuiten in dem damaligen königreiche Polen Zuflucht gefunden haben, auch in Desterreich-Galizien haben sie vor allen anderen Provinzen Zuflucht gefunden, und haben damals die philosophische Lehranstalt in Tarnopol gegründet, und das ist wahr, und wenn auch Schwertlein und seine mehr geschwätzige als gelehrte Garde noch lebten. (Große Heiterkeit.)

Abg. Freiherr Pratobevera: Ich habe mich nochmals, und zwar zu nur ganz kurzen und wenigen Bemerkungen das Wort erbeten. Es ist leider das zweite mal, daß ich in diesem Hause einer Anschauung entgegengetrete, die ein geehrter Abgeordneter vertritt, mit dessen Redegewalt zu messen ich mir nicht anmaße. Aber eines muß ich ihm auch zum zweiten male erwidern, weil es zum zweiten male wiedergekehrt. Er sagt (sehr erregt und den Vortrag Mühlfeld's imitirend): „Nehmen Sie den Antrag des Petitionsausschusses an, nur in diesem liegt Kraft und Muth!“ (Große Unruhe.) Ich frage, liegt darin keine Kraft und Muth, wenn man dem Hause anrath, sich seine Competenz gegenwärtig zu halten und von der Regierung zu fordern, daß sie mit aller Energie unverweilt Abhilfe treffe?

Worin unterscheidet sich dieser Antrag von dem des Petitionsausschusses? Daß er sagt: „Gebt dem Vater das Kind zurück.“ Ich glaube, die einzig mögliche Abhilfe liegt eben im Zurückgeben, und da ich der Regierung nicht spezifische Maßregeln vorschreiben, sondern im allgemeinen die Abhilfe zur Pflicht machen wollte, so stellte ich meinen Antrag.

Ich verbiete mir also für die Zukunft ähnliche Angriffe. Ich glaube, meine Anträge beruhen ebenso auf Kraft und Muth, wenn ich sie auch nicht so herausschreien kann, wie der Vorredner. (Beifall rechts. Große Unruhe. Zeichen des Mißfallens auf den Galerien.)

Präsident: Ich muß die Galerien ersuchen, sich jeder Beifalls- und Mißfalls-Äußerung zu enthalten, sonst wäre ich in der unangenehmen Lage, sie räumen lassen zu müssen.

Abg. Dr. v. Mühlfeld: Ich bitte um's Wort zu einer persönlichen Bemerkung. (Große Unruhe. Rufe: Der Schluß der Debatte ist schon angenommen.)

Präsident: Es gibt keine Debatte mehr, nur zu einer persönlichen Bemerkung ist nach der Gepflogenheit des Hauses noch das Wort gestattet. Herr Dr. Mühlfeld hat zu einer persönlichen Bemerkung das Wort.

Abg. Dr. Mühlfeld: Ich bitte, daß das hohe Ministerium mir die Belehrung erteile, ob ich mir diese Methode, gegen mich mittelst Parodien und Wiederholungen zu sprechen, gefallen lassen muß.

Präsident: Es ist das Präsidium wohl nicht in der Lage, jemanden den Ton seiner Stimme vorzuschreiben und diesfalls auf ein gewisses Maß hinzuweisen, es ist aber ebensowenig in der Lage, wenn jemand über die Festigkeit des Tones sich verlegt fühlt, ihm zu wehren, in entsprechender Weise eine Abwehr vorzunehmen. Ich glaube, Herr v. Mühlfeld hatte nicht die Intention, das Haus gegen den Antrag des Herrn Baron Pratobevera einzuschüchtern und ich glaube, Herr Pratobevera hatte nicht die Absicht, Herrn Dr. Mühlfeld damit zu beleidigen.

Berichterstatter Dr. Figuly bemerkt, diese beiden sich entgegenstehenden Anträge haben dieselbe Tendenz und sind nur formell verschieden. Weder mit dem einen noch mit dem andern wird übrigens in die Executive der Regierung eingegriffen.

Es wird zur Abstimmung geschritten und hiebei der Antrag des Abg. Pratobevera mit 84 gegen 56 Stimmen angenommen. (Dafür die Rechte, das rechte Centrum, einige Mitglieder des linken Centrums. Bravo, rechts.)

In der weiteren Sitzung wurden noch mehrere Petitionen erledigt.

Der Präsident schlägt als nächsten Sitzungstag Montag den 21. d. M. vor, mit folgender Tagesordnung:

1. Die heute unerledigt gebliebenen Berichte des Petitionsausschusses.
2. Bericht des Kriegschaden-Ersatz-Ausschusses über einige ihm zugewiesenen Petitionen.
3. Von den Anträgen des confessionellen Ausschusses, das Schulgesetz, und zwar deshalb, weil von den 60 ein-



gelaufenen Petitionen mehr als zwei Drittel sich auf die Trennung der Schule von der Kirche beziehen.

Abg. Dr. Herbst wünscht, daß das Ehegesetz früher auf die Tagesordnung gestellt werde, denn hier handelt es sich um ein ganz einfaches Princip, ob weltliches oder kirchliches Recht in Ehesachen gelten soll. Die hochwichtige Frage des Concordates soll eben ohne Vermengung mit anderen Principien zur Berathung gelangen, und das ist nur dann der Fall, wenn das Ehegesetz zuerst zur Berathung kommt.

Abg. Zyblikiewicz stellt den Antrag, das Schulgesetz früher vorzunehmen.

Das Haus erklärt sich jedoch für den Antrag Herbst. (Dafür die Linke, linkes Centrum, einige Mitglieder des rechten Centrums.)

Abg. Rechbauer wünscht das Ehegesetz vor dem Berichte des Petitionsausschusses gesetzt.

Das Haus erklärt sich gegen diesen Wunsch, und wird die Tagesordnung festgesetzt.

## Oesterreich.

**Wien, 18. October.** (In der heutigen Sitzung der Deputirtenversammlung) wurde eine amtliche Zuschrift des Causarumdirectors verlesen, worin die Erlaubnis zur Einleitung eines Proceßes gegen den Abgeordneten Böszörmény, als verantwortlichen Redacteur des „Magyar Ujsag“, nachgesucht wird. Committirt beantragt die Drucklegung und Vertheilung der Zuschrift und Einsetzung einer Commission zur Berichterstattung. Tisza beantragt eine dreitägige Zwischenzeit zur Erwägung der Frage. Das Haus nahm beide Anträge an und es wurde die Angelegenheit für Dienstag auf die Tagesordnung gesetzt.

**Agram, 18. October.** (General Turr) ist heute von hier nach Florenz abgereist. Er conferirte mit den hervorragendsten Parteiführern und mit dem Statthalter über zwei Stunden und brachte bei dem letzten Diner einen Toast auf das dreieinige Königreich aus, nicht wie es gegenwärtig ist, sondern wie es in Gemeinschaft mit Ungarn zu sein wünscht.

(Aus Djakovar) schreibt man dem „Kat. List“, daß der Bau der dortigen Kathedrale rüstig fort schreitet und im künftigen Jahre vollendet werden dürfte. Seine Excellenz der Bischof Stroszmayer hat während seines Aufenthaltes in Rom einen Contract mit dem berühmten Künstler Oberbeck abgeschlossen, der ihm die Cartons liefern wird, nach welchen die Fresco-Gemälde ausgeführt werden sollen. Die Cartons, 40 an der Zahl, werden auf 20.000 römische Thaler zu stehen kommen.

## Russland.

**Berlin, 16. October.** (Reichstagsitzung.) Ueber den Antrag Harlort's, welcher eine Untersuchung der Wasserstraßen des Nordbundes fordert, wurde die motivirte Tagesordnung beschlossen. Eine Petition ehemaliger schleswig-holsteinischer Officiere um Pensionirung wurde dem Bundeskanzler zur Berücksichtigung überwiesen, nachdem Graf Bismarck die Berechtigung der Petenten anerkannt und die Uebernahme der Pensionen durch den Nordbund als Nationalbeschluß in Aussicht gestellt hat. Eine Petition wegen Aufhebung der öffentlichen Spielbanken wurde einstimmig dem Bundeskanzler zur Berücksichtigung überwiesen.

— 18. October. (Reichstagsitzung.) Der Reichstag beriet das Bundeskriegsdienstgesetz. Paragraph 1 wurde mit zwei Amendements angenommen. Das erste hebt die Befreiung der Menoniten von der Dienstpflicht auf und das zweite stellt fest, daß Nichtwehrfähige nur zu solchen Militär-Dienstleistungen herangezogen werden, welche ihrem bürgerlichen Berufe entsprechen. Ueber § 6, welcher die Regierung ermächtigt, zu den Uebungen und notwendigen Verstärkungen oder Mobilmachungen die beurlaubten Reservisten einzuberufen, entstand eine längere Debatte. Die Linke beantragte die Streichung der Worte „nothwendige Verstärkungen“; Mostke und Noon bekämpften den Antrag. Graf Bismarck erklärte, mit der Annahme dieses Antrages würde das ganze Gesetz fallen. Die Regierung werde im Frieden auch fernerhin nicht leichtfertig opfern, der Reichstag möge ihr aber die Schonung im Frieden nicht unmöglich machen, indem er Dinge gesetzlich reguliren will, über welche die Regierung im wohlverstandenen Interesse des Landes das freie Dispositionsrecht behalten muß. Die beantragte Streichung wurde darauf abgelehnt und das ganze Gesetz paragraphenweise, theilweise nach dem Regierungsentwurf, theilweise in der Commissionsfassung, angenommen.

**Stuttgart, 18. October.** (Kammer.) Heute wurde die Abgeordnetenversammlung eröffnet. Die Verträge mit Preußen werden erst nächste Woche verhandelt werden. Die Mehrheit der staatsrechtlichen Commission will die Ablehnung des Schutz- und Trugbündnisses, die Minderheit die Annahme desselben.

**Mannheim, 18. October.** (Adresse.) Eine gestern Abends stattgefundene Versammlung der Mannheimer Bürger beschloß und unterzeichnete eine Zustimmungsadresse an den Wiener Gemeinderath anlässlich einer an den Kaiser gerichteten Adresse.

**München, 18. October.** (Die Abgeordneten-Kammer) nahm den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Beschränkung des Zinsfußes mit 112 gegen 20 Stimmen an.

**Köln, 17. October.** (Niel.) Der Pariser Correspondent der „Köln. Ztg.“ meldet: Niel's Stellung ist wankend, der Kaiser drückte in einem Schreiben an ihn seine Unzufriedenheit aus, namentlich wegen seiner Provocation Italiens durch seinen Brief an den Obersten der Legion von Antibes.

**Rom, 18. October.** (Die Intervention. — Sieg.) Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Paris betrachtet man sowohl eine französische, als auch eine italienische Intervention als nahe bevorstehend. 2000 Garibaldiner haben eine feste Stellung bei Nerola eingenommen. Dieselbe wurde heute von den päpstlichen Truppen mit Sturm genommen. Man legt diesem Siege große Wichtigkeit bei. Orte wurde ohne Kampf wieder genommen.

**Paris, 18. October.** (Ultimatum. — Ministerrath. — Der päpstliche Nuntius.) Der „Temps“ erzählt, die französische Regierung habe ein Ultimatum nach Florenz übersendet, welches die Intervention als unvermeidlich ankündigt, wenn Italien nicht ernstlich den weiteren Zuzug von Freiwilligen verhindert. Die italienische Antwort sollte im Laufe des heutigen Morgens eintreffen. — Die „Presse“ schreibt: Der Ministerrath hat gestern den Beschluß gefaßt, die vollständige Ausführung der Septemberconvention zu verlangen, widrigenfalls werde Frankreich in den römischen Staaten interveniren. Es ging das Gerücht, daß die Minister Duruy und Lavalette in Folge dieses Beschlusses ihre Demission gegeben haben, die sie aber wieder zurückzogen. — Der päpstliche Nuntius hat heute dem Kaiser in St. Cloud einen Besuch abgestattet.

(Levantepost.) Durch den Lloyd-Dampfer „Aquila imperiale“ erhielt die „Tr. Ztg.“ die Levantepost mit Nachrichten bis zum 12. d. M. Das amtliche Organ der Pforte veröffentlicht den Plan für die Verwaltungsreform, die in Kreta eingeführt werden soll. Derselbe unterscheidet sich nicht wesentlich von der Organisation, welche die Vilajets erhalten haben. Der Generalgouverneur soll ein Muselman sein und zwei Räte, einen Muselman und einen Christen, zur Seite haben. Der „Lev. Her.“ zweifelt stark, daß der Großvezier damit seinen Zweck erreichen werde, trotz des Geldes und der Decorationen, die er nach Kreta mitgenommen. In Rumelien wurde die Aushebung von weiteren 50 Bataillons Rekruten angeordnet. Die Pforte hat für jetzt die telegraphische Chiffrencorrespondenz mit Italien verboten. Die Quarantäne gegen die österreichischen Dampfer wurde aufgehoben. Auf der Rheide von Smyrna befindet sich kein österreichisches Kriegsschiff mehr. Das Admiralschiff ist dieser Tage nach Samos abgegangen. — Die Nachrichten aus Kreta in griechischen Blättern gehen bis zum 10. October. Ali Pascha hat eine Proclamation veröffentlicht, wodurch die Wahl von vier Vertretern aus jeder Provinz angeordnet wird, welche mit den Organen der türkischen Regierung in Berathung über die einzuführenden Verwaltungsreformen zu treten haben. Die Candidaten scheinen aber nicht geneigt, darauf einzugehen. Der Sitz der provisorischen Regierung ist gegenwärtig Vafé in der Provinz Apokorona.

(Ostindische Ueberlandpost.) Der Lloyd-Dampfer „Progresso“ brachte der „Tr. Ztg.“ die ostindische Ueberlandpost mit Nachrichten aus Bombay bis zum 28. Calcutta 23. Sept. Es heißt, die Regierung von Bombay habe die Leitung der abyssinischen Expedition in ihre eigene Hand genommen und der Generalgouverneur Sir John Lawrence sich darauf beschränkt, dagegen zu protestiren. Der Vortrab hat Bombay bereits verlassen. Das ganze Expeditionscorps wird 14–15.000 Mann zählen, mit einem Train von 4–5000 Mann. Zum Transport sind 120.000 T. Schiffsraum erforderlich. In Bombay erhielt man Nachrichten von den Gefangenen in Magdallah bis zum 27. Juli; sie waren gesund. Die letzten Nachrichten aus dem Lager des Königs Theodoros reichen bis zum 11. Juli, zu welcher Zeit er sich in Debra Tabor befand. Er hatte erklärt, Herrn Rassam (den englischen Agenten) nicht freilassen zu wollen, wenn er nicht dazu gezwungen werde. Mehrere englisch-ostindische Blätter melden gerüchlicherweise, daß der Perser Herat besetzt haben. Aus Cabul wird berichtet, daß Schir Ali dem Vizekönig von Ostindien eine Allianz angeboten habe, „der jedoch seine gegen die Russen eingegangenen Verpflichtungen im Wege stehen.“ Afzul Khan concentrirt seine Streitkräfte in Cabul, und sein Nebenbuhler beabsichtigt vorzudringen, sobald die Cholera in jener Stadt nachgelassen. Die Seuche ist auch an der Mündung des Euphrat ausgebrochen und soll den berühmten Wallfahrtsort Kerbelah ebenfalls heimgesucht haben. Es heißt, daß die Russen Karscht, eine bedeutende Stadt nicht weit von Orus besetzt haben. Der König von Bokhara hat sein Reich verlassen und ist zum Grabe des Schahi Merdan Ali geflohen, von wo er neuerdings Unterhandlungen mit dem russischen Generalgouverneur anzuknüpfen trachtet. Mittlerweile soll in Bokhara selbst ein Aufstand gegen die Russen ausgebrochen sein. Von dem ägyptischen Corps in Candia sind 6500 Mann zurückgeführt; der eben so starke Rest soll in ein paar Wochen folgen.

## Tagesneuigkeiten.

— (Zur Kaiserreise.) Aus Nancy wird gemeldet: Der Kaiser von Oesterreich wird von unseren städtischen Behörden eingeladen werden, auf seiner bevorstehenden Durchreise nach Paris, die Gastfreundschaft einer alten Hauptstadt seiner Vorfahren nicht zu verschmähen. Man trifft Anstalten zu einem großen Ball, auf dem die Mitglieder der ersten und ältesten lothringischen Familien, der Fiquelmont, Frimont, Gondrecourt v. A., deren Ahnen vor mehr denn hundert Jahren am Hofe Franz Stephans I. und seiner Gemalin Maria Theresia glänzten, erscheinen werden.

— (Großmüthige Spende.) In nordböhmischen Blättern lesen wir: Die Herren Großgrundbesitzer Ludwig Oppenheimer in Klein-Stal und Karl Unger in Klein-Rohofsch haben am 6. d. M. zu gleichen Theilen die Summe von 1000 fl. in Nationalanleihen als Erinnerung an den Aufenthalt des Reichskanzlers Baron v. Beust in der hiesigen Gegend dem Kreiseshof zur Gründung eines Creditinstitutes für den kleinen Grundbesitz des Jungbunzlauer Kreises übergeben. Sie gingen dabei von dem richtigen Grundsatz aus, daß unter den politischen Streitigkeiten die volkswirtschaftlichen Verhältnisse nicht leiden dürfen und daß solche Institute für die Zukunft unseres Bauernstandes und die Hebung unserer landwirtschaftlichen Zustände von der größten Wichtigkeit sind. Gewiß verdient diese edle That alle Anerkennung.

— (Der erste österreichische Seidenbaucongreß) hat am 17. in Wien seine Berathungen geschlossen. Diese resumiren sich dahin, daß der Seidenbau-Unterricht in den Volksschulen eingeführt und die Regierung aufgefordert werden solle, Preise für die Hebung der Seidenzucht auszusprechen, die bestehenden Seidenbauvereine zu subventioniren und nach Verlauf von einem oder zwei Jahren abermals einen Congreß einzuberufen.

— (Cholera.) In Triest ist auch am 19. d. M. kein Cholerafall vorgekommen. In Behandlung 8.

## Locales.

— (Ein Mißtrauensvotum) erhoben in der „Danica“ die beiden slovenischen Abgeordneten Herr Dr. Klun und Herr Lenčec (Steierer), weil sie gegen das Concordat gestimmt haben.

— (Den Abbrählern in Landstraf), deren Noth groß ist, wurden durch einen ungenannten Wohlthäter durch Vermittlung des hochw. Herrn Karl Heidrich, Domfaciastan in Laibach, hundert Gulden übersendet.

— (Verein der Aerzte.) Nächsten Samstag, d. i. am 26. d. M., findet eine wissenschaftliche Versammlung des „Vereins der Aerzte in Krain“ um halb 6 Uhr Abends im Muscalle locale desselben statt; das diesbezügliche Programm lautet: A. innere Vereinsangelegenheiten; B. wissenschaftliche Vorträge. 1. Director Dr. Gregorič: über Leberfisteln; 2. Districtsphysicus Dr. Gauer: Mittheilung aus der gerichtsarztlichen Praxis; 3. Professor Valenta: geburts-hilflich-gynäkologische Mittheilungen; 4. Dr. Keesbacher: demonstrativer Vortrag über ein auf der medicinischen Abtheilung vorgekommenes Aorten-Aneurysma.

— (Feuersbrunst.) In der Nacht vom 7. auf den 8. d. M. brach in Primskau ober Krainburg Feuer aus, welches, durch den Wind begünstigt, in kurzer Zeit 13 Häuser und 1 Kutsche verzehrte. Glücklicherweise ging kein Menschenleben und nur wenig Vieh verloren. Desto mehr Getreide, Kleidung, Viehfutter und andere Fahrnisse wurden in Asche verwandelt. Zwar sind alle Abbrändler versichert, aber mit geringen Beträgen, welche zum Aufbau nicht hinreichen werden, womit sollen sie aber sich und ihr Vieh ernähren? — Es muß besonders die menschenfreundliche Handlung des Herrn Baron Jois, Herrschaftsbesizers von Egg, erwähnt werden, welcher den Abbrählern nicht nur 100 Gulden im Varen, sondern eine große Fuhre Sagriegel und außerdem jedem eine Fuder Heu spendete.

— (Diöcesanveränderungen.) Herr Michael Gogala erhielt die Pfarre Oßlj. Herr Josef Grablovic, Pfarrer in St. Barthelma, starb am 13. d. M. Die Pfarre ist am 15. d. M. ausgeschrieben worden. Ueberseht und ernannt wurden die Herren: Anton Domicelj aus Altenmarkt bei Pölland nach St. Marein, dahin Karl Hofner aus Heil-Kreuz bei Landstraf und nach Heil-Kreuz Dr. J. Rogasch aus Gutsfeld; Franz Urancic wurde zum ersten Cooperator in Tschernembl ernannt und zum zweiten: Johann Karet, neu ausgeweiht. Nach Wocheiner-Preistriz kommt Herr Heinrich Dejat aus Ralsbach und dahin Herr Jakob Groselj, neu ausgeweiht. Nach Pölland bei Rad Herr Johann Vesel aus Adelsberg und dahin als Katechet und Cooperator Herr Johann Rosmelj, neu ausgeweiht. Herr Mathias Ruhelj nach Michelsstätten aus Rudolfswerth und dahin Herr Franz Kunstelj, neu ausgeweiht, als Vicar. Herr Josef Vidmar aus Rad nach Fildnig und nach Rad Herr Anton Mandelc, neu ausgeweiht; Herr Johann Birant neu ausgeweiht, nach Dornegg als Pfarrer. — In das Görzer Priesterhaus wurden als Externisten aufgenommen die Krainer: Jakob Papler, Franz Bidic, Bartholomäus Bogacnit, Ignaz Fabiani.

— (Theater.) Vorgestern gingen bei gut besuchtem Hause drei Kleinigkeiten in Scene, die das Publicum bis zum Schluß in guter Laune erhielten. In den „Eifersüchtigen“, das recht gut von statten ging, lernten wir Herrn Kraft (Weise) von einer ganz hübschen Seite kennen. Sehr wirk-



